

## URGENT ACTION

# MENSCHENRECHTE IN GEFAHR

## NICARAGUA

UA-Nr: UA-160/2018-1 AI-Index: AMR 43/9592/2018 Datum: 18. Dezember 2018 – bs

### JOURNALIST\_INNEN, MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER\_INNEN UND MENSCHENRECHTSORGANISATIONEN

Nachdem die Nationalversammlung bewilligt hatte, dass der Menschenrechtsorganisation *Centro Nicaragüense de los Derechos Humanos* (CENIDH) die Registrierung als juristische Person entzogen wird, brach die Polizei in die Büros dieser Organisation sowie in die Geschäftsräume von drei weiteren Menschenrechtsorganisationen und einer unabhängigen Zeitung ein. Diese jüngsten Attacken sind Beispiele für die fortgesetzte Strategie der nicaraguanischen Behörden, Journalist\_innen und Menschenrechtler\_innen zu unterdrücken.

Am 12. Dezember nahm die Nationalversammlung ein Dekret an, mit dem die Registrierung der Menschenrechtsorganisation *Centro Nicaragüense de los Derechos Humanos* (CENIDH) aufgehoben wurde. Als Gründe wurden angegeben, die Organisation habe seit 2017 keinen Finanzbericht mehr vorgelegt, sei „parteiisch gegenüber einem gesellschaftlichen Bereich“, habe „nicht in Übereinstimmung mit den Zielen Frieden und Gerechtigkeit agiert“ und der Vorstand sei nicht mehr im Amt. Der Organisation CENIDH ist jedoch nicht mitgeteilt worden, dass ein verwaltungsrechtliches Verfahren gegen sie eingeleitet wurde. Zudem wurde ihr das Recht verweigert, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen.

Am 14. Dezember verschafften sich Angehörige der Polizei von Nicaragua ohne gerichtliche Genehmigung Zugang zu den Büros von CENIDH und nahmen ein Fahrzeug und einige Dokumente mit, die der Organisation gehörten. Außerdem drangen sie ohne gerichtliche Anordnung in die Büroräume der Organisation Popol Na ein und gingen gegen die Mütter von Gefangenen vor, die dort Zuflucht gesucht hatten. Die Polizeiangehörige sollen den Wachmann des Gebäudes geschlagen sowie Computer, Dokumente, Handys und Fahrzeuge gestohlen haben, die Mitarbeiter\_innen bzw. der Organisation gehörten. Auch in die Büros der Organisation Instituto de Liderazgo de las Segovias, der Stiftung Fundación del Río und der unabhängigen Zeitung Confidencial, die für ihre kritischen und investigativen Berichte bekannt ist, drangen Angehörige der Polizei gewaltsam ein.

Diese Fälle sind weitere Beispiele für eine Strategie der Unterdrückung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für die Menschenrechte in Nicaragua einsetzen. Verantwortlich für diese Strategie sind Präsident Ortega und seine Frau Rosario Murillo, die das Amt der Vizepräsidentin innehat.

Mehrere internationale Organisationen haben die Angriffe öffentlich verurteilt, darunter die Interamerikanische Menschenrechtskommission, das Büro der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, das Zentrum für Gerechtigkeit und Völkerrecht und die Weltorganisation gegen Folter. CENIDH setzt sich seit 28 Jahren für die Menschenrechte in Nicaragua ein, genießt ein hohes Ansehen und Legitimität in der Region und ist eine langjährige Partnerorganisation von Amnesty International in Nicaragua.

### HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Amnesty International hat zwei Berichte veröffentlicht, in denen die Verfolgung und Unterdrückung durch die Regierung Nicaraguas seit Beginn der Proteste am 18. April 2018 dokumentiert wird. Am 29. Mai 2018 veröffentlichte Amnesty den englischsprachigen Bericht „Shoot to Kill: Nicaragua's strategy to repress protest“, in dem aufgezeigt wird, dass die Regierung seit Beginn der Proteste eine Strategie der gewaltsamen Unterdrückung verfolgt, wie sie das Land schon seit Jahren nicht mehr erlebt hat. Bereits in den ersten Wochen der Proteste sind dabei mehr als 70 Fälle gemeldet worden, in denen Personen von Angehörigen der Behörden getötet wurden. Am 18. Oktober 2018, sechs Monate nach Beginn der Proteste, veröffentlichte Amnesty dann den zweiten englischsprachigen Bericht: „Instilling terror: from lethal force to persecution in Nicaragua“. Darin sind zahlreiche Menschenrechtsverletzungen dokumentiert, die zwischen dem 30. Mai und dem 18. September begangen

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

AMNESTY  
INTERNATIONAL



wurden. Zudem beschreibt der Bericht die verschiedenen Aspekte der von der Regierung verfolgten Strategie zur Unterdrückung der Proteste.

Amnesty International ist der Ansicht, dass die hochrangigsten nicaraguanischen Behörden nicht nur von diesen Menschenrechtsverletzungen wussten, sondern diese in vielen Fällen auch auf deren Anordnung und unter ihrem Befehl begangen wurden. Dies betrifft auch den Präsidenten und die Vizepräsidentin von Nicaragua.

Amnesty International hat zudem die Information erhalten, dass das nicaraguanische Parlament am 28. November 2018 ein Dekret bewilligt hat, mit dem der Menschenrechtsorganisation Centro de Información y Servicios de Asesoría en Salud (Gesundheitsinformations- und Beratungszentrum) der Status als juristische Person entzogen wurde. Vorsitzende der Organisation ist die Menschenrechtsverteidigerin Ana Quirós. Am 18. April wurde Ana Quirós während einer Demonstration von Angehörigen bewaffneter regierungsnaher Gruppierungen angegriffen. Der Vorfall wurde auch in dem oben genannten Bericht „Shoot to kill: Nicaragua's strategy to repress protest“ erwähnt. Wie Amnesty International am 26. November berichtete, wurde Ana Quirós willkürlich inhaftiert und in die Haftanstalt El Chipote gebracht. Anschließend erließ man einen Ausweisungsbefehl gegen sie und brachte sie an die costa-ricanische Grenze. Sie musste das Land verlassen. Die Menschenrechtsverteidigerin war vor 21 Jahren in Nicaragua eingebürgert worden und verfügte somit über die nicaraguanische Staatsbürgerschaft.

#### **SCHREIBEN SIE BITTE**

##### **E-MAILS, FAXE, LUFTPOSTBRIEFE ODER EINE TWITTER-NACHRICHT MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN**

- Sorgen Sie bitte sofort dafür, dass Medienschaffende ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen können, ohne unterdrückt, angegriffen, drangsaliert und kriminalisiert zu werden.
- Stellen Sie bitte sicher, dass unabhängige Medien, Menschenrechtsorganisationen, Menschenrechtsverteidiger\_innen und andere Kritiker\_innen nicht drangsaliert und angegriffen werden.
- Bitte stoppen Sie die willkürlichen Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger\_innen, wie die Schließung ihrer Organisationen.

#### **APPELLE AN PRÄSIDENT**

Daniel Ortega Saavedra, Presidencia de la República  
frente a Palacio Nacional, calle 4 Noroeste  
Managua, NICARAGUA 11001  
(Anrede: Dear Mr. President / Sehr geehrter Herr Präsident)  
**Fax: (00 505) 2228 9090**  
**Twitter: @DanielOrtega\_Ni**

#### **DIREKTOR DER NATIONALPOLIZEI**

Francisco Javier Díaz Madriz  
Metrocentro, 2 cuerdas al Este  
Edificio Faustino Ruíz, Plaza del Sol, Managua, NICARAGUA  
(Anrede: Dear Mr. Director /  
Sehr geehrter Herr Direktor)  
**E-Mail: relacionespublicas@policia.gob.ni**  
**seguridadpublica@policia.gob.ni**

#### **PARLAMENTSPRÄSIDENT**

Diputado Gustavo Porras Cortés  
Complejo Legislativo Carlos Núñez  
Avenida Peatonal General Augusto Sandino  
Managua, NICARAGUA  
(Anrede: Dear Mr. Deputy / Sehr geehrter  
Herr Parlamentspräsident)  
**E-Mail: gporras@asamblea.gob.ni**

#### **KOPIEN AN**

Amnesty International Team Zentralamerika  
**E-Mail: equipoca@amnesty.org**

#### **BOTSCHAFT DER REPUBLIK NICARAGUA**

I.E. Frau Karla Luzette Beteta Brenes  
Werftstraße 2, 10775 Berlin  
**Fax: 030 – 22 48 78 91**  
**E-Mail: embajada.berlin@embanic.de** oder  
**karla.beteta@embanic.de**

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie nach dem **21. Januar 2019** keine Appelle mehr zu versenden.

Weitere Informationen zu **UA-160/2018** (AMR 43/9514/2018, 10. Dezember 2018)

#### **PLEASE WRITE IMMEDIATELY**

- Urging them to guarantee freedom of expression to human rights defenders and media workers without repression, attacks, harassment and criminalisation;
- Urging them to stop harassing and attacking human rights organizations, human rights defenders, independent media and other dissenting voices;
- Urging them to halt the strategy of repression by shutting down human rights organisations.

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**

